

Fragen

**für die Fragestunde der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. März 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	61, 62	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	66, 67
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	63	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	3, 72
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	19, 20	Kuhn, Werner (Zingst) (CDU/CSU)	9, 48
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	10, 29	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	5, 51
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU) ...	4, 26	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	15, 40
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	12, 13	Meckel, Markus (SPD)	34, 35
Geis, Norbert (CDU/CSU)	53, 54	Michalk, Maria (CDU/CSU)	41, 42
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	47, 73	Niebel, Dirk (FDP)	22, 23
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	44, 45	Nooke, Günter (CDU/CSU)	8
Grill, Kurt-Dieter (CDU/CSU)	16, 17	Oßwald, Melanie (CDU/CSU)	57, 58
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	64, 65	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	49, 50
Heinrich, Ulrich (FDP)	59, 60	Pau, Petra (fraktionslos)	24, 25
Herrmann, Jürgen (CDU/CSU)	7, 46	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	1, 2
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	21	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	11, 18
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	43	Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	14, 39
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	55, 56
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	32, 33	Spahn, Jens (CDU/CSU)	37, 38
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	68, 69	Vaatz, Arnold (CDU/CSU)	6, 52
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	27, 28	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	36
Koppelin, Jürgen (FDP)	70, 71		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass die Ausgaben für das Unterhalts-
vorschussgesetz im Jahr 2004 höher waren als ge-
plant, und worin sieht die Bundesregierung die
Gründe und Ursachen dafür?

2. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU) Hält diese Tendenz weiter an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

3. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU) In welchem Einzelplan plant die Bundesregierung
die Mittel für das im Rahmen der Fluthilfe für Süd-
ostasien zugesagte Tsunamifrühwarnsystem, mit
dem das Geo-Forschungszentrum Potsdam beauf-
tragt worden ist, bereitzustellen, und ist dabei daran
gedacht, Mittel aus dem Einzelplan 30 des Bundes-
ministeriums für Bildung und Forschung dafür zu
veranschlagen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

4. Abgeordneter
**Hartwig
Fischer
(Göttingen)**
(CDU/CSU) Strebt die Bundesregierung eine Lockerung oder
Aussetzung von Ausschreibungsgrundsätzen bei der
Vergabe von Mitteln für Hilfsprojekte im Tsunami-
Katastrophengebiet im Bereich der Wasser-/Abwas-
serinfrastruktur an, und wenn ja, welche Regelun-
gen sind geplant?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 26.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

5. Abgeordnete
**Vera
Lengsfeld**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung strafrechtlich die nach Einschätzung der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn „vertrauliche Information von K. D. Voigt“, insbesondere unter dem Aspekt, dass Karsten Voigt sich bewusst gewesen sei, dass „ihm die Information zugespielt“ worden sei und er diese vertraulich in der Absicht zur Erhaltung der „sicherheitspolitischen Zusammenarbeit von SED und SPD“ mitteile?*)
6. Abgeordneter
**Arnold
Vaatz**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung straf- und arbeitsrechtlich insbesondere die in dem Vermerk für das Zentralkomitee der SED getroffene Aussage, Karsten Voigt habe über die Sachverhaltsfeststellung, dass Bärbel Bohley und Wolfgang Templin am 6. August 1988 wieder in die DDR einreisen würden, auch den weitergehenden Ratschlag erteilt, „sie zunächst einreisen zu lassen und dann bei oder wegen entsprechenden Aktivitäten zu ergreifen und auszuweisen“?**)
7. Abgeordneter
**Jürgen
Herrmann**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft bei dem Ende 2004 unternommenen Versuch einer Einsichtnahme in Akten des Bundesarchivs, die sich auf von dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten Voigt, an das Zentralkomitee der SED herausgegebene NATO-Papiere beziehen, diese Dokumente nicht vorgefunden haben?***)
8. Abgeordneter
**Günter
Nooke**
(CDU/CSU)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von dem im Bundesarchiv aufgefundenen und am 21. Februar 2005 in der Zeitschrift „FOCUS“ veröffentlichten, auf den 8. Juli 1988 datierten Vermerk für das Zentralkomitee der SED, nach dem Karsten Voigt der DDR Erkenntnisse über eine für den Juli 1988 beabsichtigte Einreise der Bürgerrechtler Bärbel Bohley und Wolfgang Templin habe zukommen lassen?

*) Siehe hierzu auch Frage 51.

**) Siehe hierzu auch Frage 52.

***) Siehe hierzu auch Frage 46.

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Werner Kuhn (Zingst)
(CDU/CSU) | Ist das Bundesministerium der Justiz Ende 2004 von der Bundesanwaltschaft über ein Prüfverfahren wegen Landesverrats gegenüber dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, informiert worden?*) |
| 10. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) | Teilt das federführend zuständige Ressort die Einschätzung des nicht federführend zuständigen Ressorts, das ein solches Gutachten erforderlich ist, und wie begründet es seine Haltung?**) |
| 11. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die bekannt gewordenen Fälle von Eingetragenen Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare, die ausschließlich zum Erlangen materieller Vorteile abgeschlossen wurden, ohne dass ein tatsächlich partnerschaftliches Verhältnis im Sinne einer Lebensgemeinschaft vorliegt, und wie will die Bundesregierung dies unterbinden? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 12. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU) | Ist für das Bundesministerium der Finanzen (BMF) die Aufklärung des Verbleibes der nicht mehr im Besitz des BMF befindlichen Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ abgeschlossen, und wenn ja, warum? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU) | Erwägt das BMF wegen des Verschwindens der Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ aus dem Besitz des BMF Strafanzeige zu erstatten, und wenn nein, warum nicht? |

*) Siehe hierzu auch Frage 48.

**) Siehe hierzu auch Frage 29.

14. Abgeordneter
Georg Schirmbeck
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass anstatt der erwarteten Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro durch die Tabaksteuererhöhung im Jahr 2004, Mindereinnahmen in Höhe von rund 460 Mio. Euro zu verzeichnen sind, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
15. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Anteil der Bruttoinvestitionen an den Gesamtausgaben des Staates sich seit 1992 mehr als halbiert und die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2003 mit Dänemark und Österreich die hinteren Plätze bei den öffentlich finanzierten Investitionen in der EU eingenommen hat, und teilt die Bundesregierung mit mir die Auffassung, dass eine Erhöhung der öffentlich finanzierten Investitionen ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wäre?
16. Abgeordneter
Kurt-Dieter Grill
(CDU/CSU)
- Ist die entgeltfreie Bearbeitung von Banknoten – danach sollen künftig auch Gebinde von mehr als 500 einzelnen Banknoten entgeltfrei bearbeitet werden – als Standardleistung der Deutschen Bundesbank nach Ansicht der Bundesregierung zwingend notwendig mit Blick auf die Qualität des Bargeldumlaufs und die Falschgeldprävention, und was hat sich im Vergleich zu den letzten Jahren geändert, das die Ausweitung des Dienstleistungsangebots – auch mit Blick auf die Gebindegröße – entgeltfrei rechtfertigt?
17. Abgeordneter
Kurt-Dieter Grill
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung auf den Wettbewerb, wenn die Deutsche Bundesbank zusätzliche Dienstleistungen entgeltfrei abgibt, mit Blick auf die Konkurrenten, die mittelständischen Geldtransporteure, und wie wird in anderen Ländern im System der Europäischen Zentralbank der Bargeldverkehr und die Abwicklung bzw. Bearbeitung von Banknoten geregelt?
18. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Positionen oder Forderungen vertritt die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission, um die Ankündigung umzusetzen, in Brüssel auf eine Erhöhung der nationalen Spielräume bei der Vergabe staatlicher Beihilfen mit regionaler Zielsetzung zu drängen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesbezüglich die aktuellen Vorschläge und Erwägungen der Europäischen Kommission?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

19. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass es im Bereich Berufsberatung/Berufsfindung/Ausbildungsplatzvermittlung bei der beruflichen Erstausbildung zur getrennten Aufgabenwahrnehmung durch optierende Kommune und Arbeitsagentur dadurch kommt, dass Schüler aus Bedarfsgemeinschaften nach einschlägigen Vorgaben des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in die Zuständigkeit der Kommune, andere Schüler nach Vorgaben des SGB III in die der Arbeitsagentur fallen?
20. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, dass es durch besondere Zuständigkeiten für Kinder aus Bedarfsgemeinschaften zu einer sozialen Stigmatisierung im Bereich Berufsberatung/Berufsfindung/Ausbildungsplatzvermittlung kommt?
21. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Mit welchem Ergebnis wurde zwischenzeitlich das während meiner Amtszeit als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert, im Jahr 1998 bei einem Besuch in Moskau vereinbarte Bartergeschäft in Höhe von ca. 300 Mio. DM, bei dem die russische Seite als Gegenleistung für die Lieferung deutscher Hochseefischereischiffe die Lieferung von Kabeljau und anderen Fischen zusagte, abgeschlossen?
22. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- Wie viele Arbeitslosengeld-I-Bezieher bekommen derzeit aufstockende Leistungen nach dem SGB II, und in wie vielen Fällen handelt es sich bei den aufstockenden Leistungen um einen geringfügigen Beitrag, gemessen am Arbeitslosengeld-I-Bezug?
23. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- In welchem Umfang werden Beitragsmittel durch den Leistungsausschluss in § 22 Abs. 4 SGB III zu Lasten des Bundeshaushalts eingespart, und wie bewertet die Bundesregierung diese Verschiebung zu Lasten des Bundeshaushalts?

24. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass die gewünschte bessere Vermittlung von Arbeitslosen im Rahmen des „Fordern-und-Fördern-Konzeptes“ wegen des Mangels an qualifizierten Mitarbeitern in den Job-Centern nicht realisiert werden kann, und wenn ja, wie viele Mitarbeiter fehlen derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung?
25. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- In wie vielen Fällen wurden – nach der zurzeit vorliegenden Kenntnis der Bundesregierung – von Kommunen, Job-Centern etc. Sozialhilfeempfänger missbräuchlich als erwerbsfähig eingestuft, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der anhaltenden Diskussion zur Frage der Erwerbsfähigkeit ehemaliger Sozialhilfeempfänger, die Regelung des § 8 Abs. 1 SGB II mittels einer Durchführungsverordnung zu konkretisieren?
26. Abgeordneter
Hartwig Fischer (Göttingen)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Instrumenten zur Risikoabsicherung plant die Bundesregierung Maßnahmen der Privatwirtschaft zu flankieren, um ein langfristiges Engagement deutscher Unternehmen im Rahmen des Wiederaufbaus im Tsunami-Katastrophengebiet zu ermöglichen?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

27. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass in den vergangenen Wochen in den östlichen Bundesländern starke Zuwächse beim Verkauf von Grundstücken, die als Äcker und anderweitig genutzte Landwirtschaftsflächen bzw. Bodenreformland dienen, zu verzeichnen sind (vgl. Oschatzer Allgemeine vom 2. März 2005)?
28. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wenn ja, sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen diesen aktuell steigenden Verkaufszahlen von Grundstücken in den östlichen Bundesländern und den neuen Regelungen zum Arbeitslosengeld II, und steht hier zu befürchten, dass die Bürger eine Einkommensquelle bzw. ihre Altersvorsorge veräußern?

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

29. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft das Gutachten „Verbandsklagerecht in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft“ freihändig an das Institut für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e. V. (VIEW) vergeben hat, obwohl das Bundesministerium der Justiz das eigentlich für das Verbandsklagerecht federführend zuständige Ressort ist, und wie begründet sie ihre Haltung?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Wehrbereichsverwaltung Süd von der Oberfinanzdirektion Karlsruhe (Bundesvermögensabteilung in Freiburg) gebeten wurde, über die von den US-Streitkräften eingereichten Pläne zum sicherheitstechnischen Ausbau des US-Heeresflugplatzes Coleman Army Airfield in Mannheim-Sandhofen nach § 45 Abs. 2 Satz 1 Luftverkehrs-Zulassungsordnung (LuftVZO) zu entscheiden?

31. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Wehrbereichsverwaltung Süd vom Bundesministerium der Verteidigung angewiesen wurde, der Stadt Mannheim mitzuteilen, es sei nach Auswertung der Antragsunterlagen und Fachgutachten davon auszugehen, dass der Ausbau der Start- und Landebahn von Coleman Army Airfield in Mannheim-Sandhofen keine wesentliche Änderung der Anlage darstelle und damit keiner Genehmigung nach § 6 Abs. 4 Satz 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) bedürfe?

32. Abgeordneter
**Bernhard
Kaster**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Infrastrukturstab Süd bzw. andere zuständige Stellen erst jetzt, nach der im November 2004 getroffenen Entscheidung bezüglich der Schließung von 105 Bundeswehrstandorten, die Rentabilität und Wirtschaftlichkeit einzelner Standorte, unter anderem in Hermeskeil, prüft, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Notwendigkeit neuer baulicher Maßnahmen zur Unterbringung der im neuen Bundeswehrstandortkonzept vom 1. November 2004 vorgesehenen Aufstockung um insgesamt 570 Soldaten an den saarländischen Standorten Saarlouis, Merzig und Lebach?

*) Siehe hierzu auch Frage 10.

33. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU)
- Ist die Möglichkeit geprüft worden, bezüglich der deutlichen Aufstockung der Luftlandebrigade in den erwähnten saarländischen Kasernen doch noch auf die bislang zur Schließung vorgesehene Hochwaldkaserne in Hermeskeil, mit ihrer Raumkapazität von bis zu 2 000 Soldaten und eigener Schießanlage, zurückzugreifen, und welche Gründe sprechen, auch vor dem Hintergrund der guten Autobahnverkehrs-anbindung und der räumlichen Nähe zu den saarländischen Kasernen, gegen eine Berücksichtigung der Hochwaldkaserne?
34. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Ist im Zusammenhang mit der geplanten Beschlussfassung über das Luftabwehrsystem MEADS seitens der Bundeswehr neben der Kompatibilität mit den Anforderungen der NATO die Übereinstimmung mit den Prioritäten im Rahmen des European Capability Action Plan (ECAP) geprüft worden, beispielsweise durch die neu geschaffene Europäische Verteidigungsagentur (EVA) der EU, oder ist geplant, bei zukünftigen Beschaffungsvorhaben eine Stellungnahme der EVA routinemäßig einzuholen (ESVP-Kompatibilitätsprüfung)?
35. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Inwieweit ist MEADS von der Bereitstellung amerikanischer Kapazitäten abhängig (Satellitendaten/Hardware), und welche Leistungsbeschränkungen ergäben sich, wenn diese Kapazitäten beispielsweise im Rahmen einer EU-Operation nicht zur Verfügung stünden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

36. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wie verhalten sich nach Auffassung der Bundesregierung die von einigen Krankenkassen gewährten Erhöhungen der Vorstandsgehälter zu der seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung in § 4 Abs. 4 SGB V vorgeschriebenen Begrenzung der Verwaltungsausgaben, und in welcher Form wird die Bundesregierung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden vor diesem Hintergrund gegenüber den Krankenkassen tätig werden?

37. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Waren die „Richtlinien zur Plasmapherese“ aus dem Jahr 1977 und die „Richtlinien zur Blutgruppenbestimmung und Blutgruppentransfusion“ der Bundesärztekammer als zwingend geltendes Recht einzustufen, und wenn nein, warum nicht?
38. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand der fünf (Muster-)Klagen von Hämophiliepatienten gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer durch Blutprodukte erworbenen Hepatitis-C-Virus-Infektionen, die im Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung zur Frage der Entschädigung für durch Blutprodukte mit dem HC-Virus infizierte Personen erwähnt werden, und welche Position nimmt die Bundesregierung in den Verfahren ein?
39. Abgeordneter
Georg Schirmbeck
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Anteil jugendlicher Raucher nach der Tabaksteuererhöhung um mehr als 5 % anstieg, und wenn ja, worauf führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?*)
40. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Inwieweit haben die Pannen der amerikanischen Zulassungsbehörde Food and Drug Administration (FDA) bei der Zulassung von Medikamenten im Eilverfahren bei der Bundesregierung zu Nachdenklichkeit bezüglich der eigenen Pläne zur Privatisierung des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte geführt, und wie will die Bundesregierung verhindern, dass es nach einer Privatisierung zu einer sehr großzügigen Zulassungspolitik kommt, wie es bereits in Großbritannien der Fall ist (WirtschaftsWoche, 11. März 2005)?
41. Abgeordnete
Maria Michalk
(CDU/CSU)
- Wie hat sich der Umsatz der Zahntechniker in den Monaten Januar und Februar 2005 vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres entwickelt?
42. Abgeordnete
Maria Michalk
(CDU/CSU)
- Hat sich die Zahl der Heil- und Kostenpläne der Zahnärzte, die vor der Genehmigung gutachterlich bewertet werden, erhöht, und wenn ja, welche Ursachen sieht die Bundesregierung dafür?

*) Siehe hierzu auch Frage 14.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

43. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, aufgrund des starken Verkehrsaufkommens am Grenzübergang Waidhaus und der daraus folgenden erheblichen Belastung der Ortsdurchfahrten in den betroffenen Landkreisen den Bau der Bundesautobahn A 6 zu beschleunigen und dadurch deren Fertigstellung früher als geplant zu vollziehen?
44. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Warum behauptet die Bundesregierung, ihr lägen keine Erkenntnisse darüber vor, ob die Bundesstraßen B 9 und B 10 im Wahlkreis Südpfalz zur gezielten Umfahrung der Mautkontrollen genutzt werden (siehe Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, vom 8. März 2005, auf meine schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 15/5079), obwohl die Einführung des deutschen Mautsystems offenbar zu einer Zunahme des Lkw-Verkehrs auf der Bundesstraße B 9 ins Elsass führt und der französische Verkehrsminister Gilles de Robien diese Entwicklung mit Bundesminister Dr. Manfred Stolpe besprechen wird (siehe Pressebericht Die Rheinpfalz vom 10. März 2005)?
45. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung sich Erkenntnisse über Verkehrsverlagerungen infolge der Mautpflicht verschaffen, und welche Steuerungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Ausweichverkehren sieht die Bundesregierung auf der Strecke der Bundesstraße B 9 zwischen Kandel und Neulauterburg?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

46. Abgeordneter
**Jürgen
Herrmann**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wo sich die verschwundenen Unterlagen heute befinden?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 7.

47. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung über den in der Zeitschrift „FOCUS“ abgedruckten Vermerk weitergehende Erkenntnisse zu der angeblichen Weitergabe von Informationen über DDR-Bürgerrechtler durch Karsten Voigt an die DDR insbesondere aus dem Bundesarchiv und aus den Stasi-Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vor, und wenn ja, welche?*)
48. Abgeordneter
Werner Kuhn (Zingst)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass im Jahr 1998 im Bundesarchiv Unterlagen über die Übergabe von NATO-Papieren durch den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, an Mitglieder des Zentralkomitees der SED vorhanden waren und in Kopie herausgegeben wurden?**)
49. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)
- Auf welcher satzungsgemäßen Grundlage beruht die außerplanmäßige Mittelvergabe des Hauptstadtkulturfonds (Sitzung des gemeinsamen Ausschusses Ende Februar 2005), und in welcher Höhe sollen die Projekte im Einzelnen gefördert werden?
50. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)
- Welche Unterschiede zwischen der Konzeption der Stiftung Stadtmuseum für eine „historische Ausstellung zur Aufarbeitung der Geschichte des Palastes der Republik“ und der Ausstellungskonzeption des Deutschen Historischen Museums, die die Jury des Hauptstadtkulturfonds Ende November 2004 laut Zeitungsberichten wegen einer vermeintlich „ideologischen Ausrichtung“ abgelehnt hatte, haben zu der Entscheidung für die Konzeption des Stadtmuseums geführt, und inwieweit entspricht diese den Grundsätzen einer historisch fundierten und kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Palastes der Republik?

*) Siehe hierzu auch Frage 73.

**) Siehe hierzu auch Frage 9.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

51. Abgeordnete
**Vera
Lengsfeld**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung den vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, im Dezember 1998 zum Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit berufenen und seitdem im Auswärtigen Amt tätigen Karsten Voigt zu dem Vermerk für das Zentralkomitee der SED vom 8. Juli 1988 angehört, und gegebenenfalls zu welchem Ergebnis hat diese Anhörung geführt?*)
52. Abgeordneter
**Arnold
Vaatz**
(CDU/CSU)
- Aufgrund welcher Erwägungen und Erkenntnisse sieht die Bundesregierung, trotz des Vermerks für das Zentralkomitee der SED vom 8. Juli 1988, noch das besondere Vertrauensverhältnis zu ihrem Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten Voigt, gewahrt?**)
53. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Überzeugung, dass in der Türkei die Neutralitätspflicht des Staates gegenüber den Religionen gewährleistet ist?
54. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)
- Wenn nicht, hält die Bundesregierung die Verletzung der Neutralitätspflicht für ein Hindernis bei den EU-Beitrittsverhandlungen?
55. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen, insbesondere außenpolitischer Art, werden ergriffen, um die türkische Regierung zu bewegen, gegen antisemitische und antiwestliche Hetzkampagnen, insbesondere gegen volksverhetzende Presseerzeugnisse, in der Türkei vorzugehen?
56. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)
- Werden diese Maßnahmen mit Konsequenzen verknüpft sein, um der Forderung an die türkische Regierung, volksverhetzende Äußerungen zu unterbinden, angemessenes Gewicht zu verleihen?

*) Siehe hierzu auch Frage 5.

**) Siehe hierzu auch Frage 6.

57. Abgeordnete
**Melanie
Oßwald**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die brutalen Übergriffe der türkischen Polizei vom 6. März 2005 auf Demonstrantinnen, die für die Gleichbehandlung der Geschlechter demonstrierten, ohne dass ein einziger ihrer Slogans nach dem Demokratieverständnis des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Tom Koenigs, problematisch gewesen wäre, im Hinblick auf von der Europäischen Kommission im Fortschrittsbericht auf Seite 46 geforderten „nachhaltigen Anstrengungen“ der Türkei, „um zu gewährleisten, dass Frauen in der Gesellschaft eine gleichberechtigte Stellung einnehmen“?
58. Abgeordnete
**Melanie
Oßwald**
(CDU/CSU)
- Was sagt die Haltung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, der laut AFP-Meldung vom 10. März 2005 in dem brutalen Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte, die der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Tom Koenigs, „empörend“ nennt, keine schlimmen Verfehlungen der Sicherheitsbehörden sieht und der glaubt, der Vorfall habe „kein ernstes Ausmaß“ gehabt, nach Meinung der Bundesregierung über die EU-Beitrittsfähigkeit der Türkei aus?
59. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(FDP)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwieweit die Anforderungen, die von der Afrikanischen Union (AU) für die Mission in der Darfur-Region im Sudan an die internationale Gemeinschaft gestellt wurden, erfüllt worden sind?
60. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Koordinators der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe, Jan Egeland, eine größere internationale Schutztruppe für die sudanesischen Krisenregion zur Verfügung zu stellen, und wie könnte eine solche Schutztruppe von der Bundesregierung unterstützt werden?
61. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)
- Welches politische Konzept hat die Bundesregierung, um die sudanesischen Regierung definitiv in Khartum zur Aufgabe der Unterstützung der Janjaweed-Milizen zu bewegen und deren Gräueltaten zu stoppen?

62. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts der neuerlichen Meldungen aus der Krisenregion Darfur, auf eine Verurteilung Sudans wegen Genozids durch die Vereinten Nationen hinzuwirken?
63. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Treffen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Informationen zu, wonach während des Osterurlaubs 2004 auf Mallorca beim Finanzvorstand der Allianz AG neben dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, auch der Geschäftsführer Deutschland des Bankhauses Goldman Sachs, das ohne Ausschreibung den Zuschlag zum Verkauf der Russland-Forderungen des Bundes erhalten hat, zeitweise zugegen war?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

64. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Behauptung in der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ mit einer Auflagenzahl von ca. 100 000 Exemplaren in Deutschland und 600 000 in der Türkei, der Bundesminister des Innern, Otto Schily, habe den Verlag der Zeitung „Vakit“ außerhalb des geltenden Rechts verboten?
65. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Welche Schritte werden unternommen, um die verleumderischen und hetzenden Artikel und insbesondere Karikaturen über den Bundesminister des Innern, Otto Schily, in der Türkei-Ausgabe der „Vakit“ zu unterbinden?
66. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung von der türkischen Regierung eine Liste der in der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Wiedereinbürgerung durch ausländische Staaten“ auf Bundestagsdrucksache 15/5006 erwähnten 50 000 Personen erbitten, damit die Personen, die fälschlicherweise im Melde- und Wahlregister eingetragen sind, ermittelt werden können, und wie wird sie nach Vorlage der Liste dafür Sorge tragen, dass in

jedem Einzelfall ein Feststellungsverfahren zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit durchgeführt wird?

67. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung das Übereinkommen über den Austausch von Einbürgerungsmitteln vom 10. September 1964 (CIEC-Abkommen Nr. 8) ratifizieren, und wenn sie die Ratifizierung nicht vornehmen will, warum nicht?

68. Abgeordnete
**Kristina
Köhler**
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Wie wird sichergestellt, dass die Türkei-Ausgabe der „Vakit“ nicht über Abonnenten in Deutschland in Umlauf gerät und dadurch das Verbot des Verlages unterhöhlt wird?

69. Abgeordnete
**Kristina
Köhler**
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse – außer denjenigen über die „Vakit“ – liegen der Bundesregierung über antisemitische und antiwestliche Hetzartikel in der in Deutschland erhältlichen türkisch- und arabischsprachigen Presse vor?

70. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)

Welche Auffassung vertritt der Bundesminister des Innern, Otto Schily, zum Antidiskriminierungsgesetz?

71. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)

Sollen nach Auffassung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, am bestehenden Gesetzentwurf zum Antidiskriminierungsgesetz Änderungen vorgenommen werden?

72. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die im Vermerk für das Zentralkomitee der SED am 8. Juli 1988 (FOCUS vom 21. Februar 2005) erwähnte „sicherheitspolitische Zusammenarbeit von SED und SPD“, und war diese gegebenenfalls Teil des politischen Handelns der SPD-geführten Bundesregierung in den Jahren 1969 bis 1982?

73. Abgeordneter
**Roland
Gewalt**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bezüglich des zweifachen Hinweises in dem von Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn gefertigten Vermerk für das Zentralkomitee der SED vom 8. Juli 1988, es handele sich um ein „Zusammenspiel mit den Medien und den Geheimdiensten der BRD“ und dass „die hinter ihnen [Anmerkung: Bärbel Bohley und Wolfgang Templin] stehenden Dienste“ auf eine Einreiseverhinderung hoffen, im Bereich der bundesdeutschen Nachrichtendienste Ermittlungen angestellt, ob ein eigener nachrichtendienstlicher Vorgang existiert, und wenn ja, wer ggf. die daraus resultierenden Erkenntnisse an Karsten Voigt weitergegeben hat?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 47.

